

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG



Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

2025-012 - Umzug der Staatlichen Realschule Landshut

a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)

Stadt Landshut
Luitpoldstraße 29
84034 Landshut
Deutschland
+49 871881312
+49 87188201612
beschaffungsstelle@landshut.de

b) Gewähltes Vergabeverfahren

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

d) Art des Auftrags

e) Ort der Ausführung

84028 Landshut

f) Art und Umfang der Leistung

Umzug der Staatlichen Realschule Landshut
Die Stadt Landshut errichtet im Gewerbegebiet „Münchnerau – An der Fuggerstraße“ einen Neubau für die Staatliche Realschule Landshut und die Dienststelle des Ministerialbeauftragten für die Realschulen in Niederbayern, die bisher beide ihren Sitz in der Christoph-Dorner-Straße im Stadtteil Peter und Paul haben. Mit dem Beginn des Schuljahres 2025/2026 soll der Schulbetrieb im Neubau am neuen Standort aufgenommen werden.

Gegenstand der Ausschreibung ist der Umzug von Inventar und vereinzelt Mobiliar der Realschule und der MB-Dienststelle vom jetzigen Bestandsgebäude (Christoph-Dorner-Straße 18, 84028 Landshut) in den Neubau (Fuggerstraße 2, 84034 Landshut).

Ort der Leistungserbringung:
84028 Landshut

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen

Losweise Ausschreibung: Nein

i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen

Von: Bis:
Der Umzug soll voraussichtlich vor den bayerischen Sommerferien zwischen 17.07.2025 und 29.07.2025 stattfinden.

j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote

Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig

l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und

zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/217e83b8-5559-4cb6-a280-56db22d83559>

m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist

n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden,

Teilnahme- oder Angebotsfrist:
Bindefrist:

o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist

09.05.2025 23:59:00
08.06.2025

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind; gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind

Stadt Landshut Referat 3 - Beschaffungs- und Vergabestelle Luitpoldstraße 27 84034 Landshut Tel.:+49 871881315
Fax:+49 87188201612 Sie haben die Möglichkeit der elektronischen Angebotsabgabe. Weitere Informationen und diese Bekanntmachung finden Sie unter: <https://www.landshut.de>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss

w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters

Eigenerklärung, dass die in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen (rechtskräftige Verurteilung oder rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße bezüglich der aufgeführten Tatbestände; ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

Eigenerklärung, dass die in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 124 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen (ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

Eigenerklärung nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG), Arbeitnehmerentendengesetz (AEntG) u. Mindestlohngesetz (MiLoG).

Eigenerklärung, dass die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfüllt sind.

Nachweis (Kopie der Versicherungspolice) über eine bestehende Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen:
Personenschäden 3.000.000,00 EUR
Sachschäden 1.000.000,00 EUR

Vermögensschäden 500.000,00 EUR

Sofern die Versicherungssummen derzeit nicht ausreichend sind, muss an dieser Stelle die Eigenerklärung abgegeben werden, dass sie bei Auftragserteilung/Zuschlagserteilung angepasst werden.

ausgefüllte Anlage12_Nachweis einer Ortsbesichtigung

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann

17.04.2025